

Informationen zum Schutz Ihrer Daten

Stand: 05/2020

Gemäß der Artikel 12 ff. Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG, nachfolgend „DS-GVO“) möchten wir Ihnen hiermit die notwendigen Informationen zur Verfügung stellen:

1. Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist der

Studentische Rechtsberatung der
Universität Passau e.V.
Innstraße 39
94032 Passau
E-Mail: info@srb-passau.de
Telefon: 0851 / 509 – 2399

Dieser wird nach § 26 BGB vertreten durch ihre Vorstände.

2. Der Studentische Rechtsberatung der Universität Passau e.V. verfügt über einen Datenschutzbeauftragten, welchen Sie entweder über die oben genannte Anschrift postalisch oder per E-Mail über datschutz@srb-passau.de erreichen können.
3. Der Zweck der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten liegt in der ordnungsgemäßen Durchführung des obigen Vertrags und der damit vorhergehenden Vertragsanbahnung. Die Rechtsgrundlage hierfür stellt jeweils Art. 6 Abs. 1 Buchst. b DS-GVO dar.
4. a) Wir nutzen Microsoft Sharepoint der Microsoft Corporation, One Microsoft Way Redmond, WA 98052-6399, USA zur Dokumentenverwaltung und Kommunikation (z.B. E-Mail, Microsoft Teams) und übermitteln daher unter Umständen personenbezogenen Daten im Rahmen einer Auftragsverarbeitung an die Microsoft Corporation.
b) Wir nutzen zudem den Dienst „Adobe Sign“ der Adobe Systems Software Ireland Limited, 4-6 Riverwalk, Citywest Business Campus, Dublin 24, Republic of Ireland zur Vertragsanbahnung und Vertragsdurchführung, da hierdurch der digitale Vertragsschluss vereinfacht wird.
c) Daneben arbeiten wir mit oder unter Anleitung von Personen mit Befähigung zum Richteramt, um die gesetzlichen Vorgaben des Rechtsdienstleistungsgesetzes einzuhalten. Dies ist jedoch nur möglich, wenn diesen die Unterlagen vorliegen. Aus diesem Grund werden auch an diese unter Umständen personenbezogene Daten übermittelt, soweit dies zur ordnungsgemäßen Bearbeitung Ihres Falles erforderlich ist.
5. Die Speicherung der personenbezogenen Daten erfolgt zeitlich bis zum Ende des in § 9 genannten Zeitraums des Aufbewahrungsvertrags, jedenfalls aber bis zum Abschluss des Beratungsvorgangs.
6. Sie haben gegenüber uns folgende Rechte hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten:

- * Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO),
- * Recht auf Berichtigung oder Löschung (Art. 16 und 17 DS-GVO),
- * Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO),
- * Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO),
- * Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO).

7. Sollten Sie uns aufgrund einer Einwilligung, auch hinsichtlich besonderer Kategorien von personenbezogenen Daten (Art. 9 DS-GVO), personenbezogene Daten zur Verfügung gestellt haben, steht es Ihnen frei, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, jedoch ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

8. Ihnen steht ein Beschwerderecht nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO bei einer Aufsichtsbehörde zu. Sie können sich dazu an jede Datenschutzaufsichtsbehörde wenden. In Bayern ist die zuständige Aufsichtsbehörde für den Studentische Rechtsberatung der Universität Passau e.V. das

Bayerisches Landesamt für Datenschutzaufsicht
Postfach 606
91511 Ansbach
Telefon: +49 (0) 981 53 1300
Telefax: +49 (0) 981 53 98 1300
E-Mail: poststelle@lda.bayern.de

9. Die Bereitstellung der oben genannten personenbezogenen Daten (Name und Anschrift, Telefonnummer bzw. E-Mail-Adresse) sind zwingend für einen Vertragsabschluss erforderlich. Die Erteilung dieser personenbezogenen Daten steht Ihnen selbstverständlich frei, wobei jedoch ohne diese ein Vertragsabschluss und damit die Bearbeitung des Mandats nicht möglich ist.

Sonstige fallrelevante personenbezogene Informationen erfragen wir zur ordnungsgemäßen Bearbeitung des Mandats bzw. sind diese uns mitzuteilen (§ 5 des Beratungsvertrags). Eine Erteilung ist verpflichtend, denn eine vollständige Erfassung der fallrelevanten Informationen ist zur korrekten Einschätzung der Rechtslage und Handlungsmöglichkeiten unerlässlich. Werden die Informationen nicht mitgeteilt, muss sich eine eventuelle Einschätzung der Rechtslage und Handlungsmöglichkeiten auf die uns zur Verfügung stehenden Informationen beschränken. Im Extremfall kann dies aber auch dazu führen, dass die Beratung nicht weitergeführt werden kann, etwa wenn eine seriöse Beratung dadurch unmöglich wird.

10. Eine automatisierte Entscheidungsfindung nach Art. 22 DS-GVO findet nicht statt.